



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/173 - 3. August 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 836 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Die 84 000 DM des Herrn Professor Dr. Gladenbeck</u>	42
	Eine Frage an die Bundesminister für Finanzen und Postwesen Von Heinrich G. Ritzel, MdB	
2 - 3	<u>Neuer Krisenherd auf dem Balkan?</u>	62
	Warum Athen seiner Geschäftsträger aus Sofia zurückrief Von Dr. Basil Mathiopoulos	
4 - 5	<u>Die Weltbäder der Tschechoslowakei heute</u>	57
	International - aber östlich 400 000 Gewerkschaftler seit 1951 in Marienbad Von Rudolf Hornig	
5	<u>Immer dünner!</u>	23
	Ulbricht überschlägt sich - Jetzt "alte Nazis"	
6	<u>Nürnberg - Schauplatz des Deutschland-Treffens</u>	30
	Kleine Geschichten aus der Frankenmetropole	

Zur Beachtung!

Wir veröffentlichen in unserer Freitag-Ausgabe (4.8.61) einen Artikel des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Waldemar von Knoeringen zum großen Deutschland-Treffen der Sozialdemokratischen Partei in Nürnberg am 11. und 12. August 1961.

* * *
* * *

Die 84 000 DM des Herrn Professor Dr. Gladenbeck

Eine Frage an die Bundesminister für Finanzen und Postwesen

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Der frühere Staatssekretär im Bundespostministerium, Professor Dr. G l a d e n b e c k, war in der durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts als nicht existenzberechtigt bezeichneten Gesellschaft "Freies Fernsehen" tätig. Er übte diese Tätigkeit als pensionierter Staatssekretär aus und bezog von der Deutschen Bundespost während der Ausübung dieser Tätigkeit die ihm gesetzlich zustehende Pension als Staatssekretär. Hätte Herr Professor Gladenbeck eine Tätigkeit irgendwo in der öffentlichen Verwaltung übernommen und ausgeübt, dann wäre ihm auf die dort ausgehandelte Besoldung seine Pension als Staatssekretär angerechnet worden.

Bei Tätigkeiten eines pensionierten Bundesbeamten, die nicht innerhalb der öffentlichen Verwaltung erfolgen, wird das so erzielte Einkommen nicht auf die Pension angerechnet. Wäre das "Freie Fernsehen" eine private Organisation gewesen und nicht aus Bundesmitteln gehalten worden, dann wäre rechtlich gegen diese Betätigung des Herrn Staatssekretärs im Ruhestand nichts einzuwenden gewesen. Moralisch würde allerdings eine andere Auffassung gelten, da Professor Gladenbeck ein Jahresgehalt von 84 000 DM im "Freien Fernsehen" erhielt und unge-
niert daneben seine Pension als Staatssekretär in Anspruch nahm.

Nun hat sich aber im Verlauf der Debatten im Bundestag und im Haushaltsausschuss ergeben, dass der Bund mit einer erheblichen Summe an "Freiem Fernsehen" hängen blieb. Der berühmte Akt während der Statberatung 1961, als die CDU einen "Leertitel" einbrachte, um unter schamhafter Verschweigung des zu erwartenden Defizits der Gesellschaft "Freies Fernsehen" die bis dahin fehlende haushaltsrechtliche Grundlage für die Verrechnung des mehrere Dutzende Millionen betragenden Defizits zu schaffen, lässt jedoch den "Fall Gladenbeck" in einem anderen Licht erscheinen.

Heute ist es nach den Erklärungen des Bundesfinanzministers unbestreitbar, dass die Gesellschaft "Freies Fernsehen" eine Bundesgründung war. Unbestreitbar ist auch, dass Bundesmittel, also die Mittel der Steuerzahler, für das Riesendefizit dieser Gesellschaft aufzukommen haben. Die Frage stellt sich, ob unter diesen Umständen die Pension des im Ruhestand lebenden, aber im "Freien Fernsehen" aktiv gewesenen Staatssekretärs nicht doch auf das Gehalt aufgerechnet werden muss, das Herr Gladenbeck im "Freien Fernsehen" ausgehandelt hat.

Ich stelle diese Frage sowohl an den Bundesfinanzminister als auch an den Bundespostminister und bitte in aller Öffentlichkeit um eine klare und unmissverständliche Antwort.

+ + +

Neuer Krisenherd auf dem Balkan?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die bereits vor Wochen registrierte Verschärfung der griechisch-bulgarischen Beziehungen (vgl. SPD-Pressedienst vom 18.7.61) hat sich in den letzten Tagen erneut zugespitzt. Die griechische Regierung hat ihren Geschäftsträger in Sofia, den Gesandten Michael Papadopoulos, am vergangenen Montag nach Athen zurückbeordert und angewiesen, seine Funktionen dem ersten Sekretär der Gesandtschaft zu übertragen. Als entschiedene Reaktion auf mehrere Provokationen Sofias wurde gleichzeitig ein Angehöriger der bulgarischen Gesandtschaft in Athen, Seljaskoff, des Landes verwiesen.

Zusammenstoss in der polnischen Botschaft

Diese Massnahmen standen wegen der unbegründeten Ausweisung eines Mitgliedes der griechischen Gesandtschaft in Sofia schon länger bevor, doch wurden sie erst jetzt nach den provozierenden Äusserungen des bulgarischen Ministerpräsidenten Yugov aktualisiert. Auf einem Empfang der polnischen Botschaft anlässlich des polnischen Nationalfeiertags erging sich Yugov im Gespräch mit seinem Gastgeber in ungewohnt scharfen Ausfällen gegenüber Griechenland, der Athener Regierung und deren innen- und aussenpolitische Konzeption. Unter anderem unterstellte er der Regierung Karamanlis, dass die griechischen Arbeiter heute mehr ausgenutzt werden als in den Jahren der deutschen Besatzung, als es von "den Eichmännern" heimgesucht wurde.

Der polnische Botschafter, der seinen griechischen Gast von diesen Ausfällen Yugovs sofort informiert hatte, bedauerte, dass diese Anschuldigungen in seiner Botschaft gefallen seien, zumal sein Land mit Griechenland freundschaftliche Beziehungen unterhält. Trotzdem verliess der griechische Gesandte nach diesem Affront ostentativ den Empfang.

Die Antwort Athens

In einer ausführlichen Stellungnahme des griechischen Aussenministeriums heisst es unter anderem, dass dies eine erneute Auflage der unfreundlichen Herausforderungen sei, die sich Bulgarien seit

3. August 1961

längerer Zeit leiste. Diese Herausforderungen könnten nicht die Beziehungen zwischen zwei Staaten fördern, die diplomatischen Austausch pflegen. Trotz der im Friedensvertrag von 1947 eingegangenen Verpflichtungen bezahle Bulgarien nicht die fälligen Reparationen für die Griechenland während des zweiten Weltkrieges zugefügten Schäden. Vielmehr hätten die bulgarischen Streitkräfte bereits das doppelte Ausmass des seinerzeit von den Siegermächten zugestandenen Truppenkontingents überschritten. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass Griechenland in diesem Jahrhundert bereits vier Mal, also auch schon vor dem kommunistischen Regime, das Opfer bulgarischer Aggressionen war. - Die innenpolitischen Anschuldigungen Yugovs werden scharf zurückgewiesen. Griechenland besitze im Gegensatz zu Bulgarien eine frei gewählte Regierung und der Lebensstandard des griechischen Volkes befinde sich in einer Aufwärtsbewegung.

Griechenland wird nicht nervös

Nach dem Kommentar der Athener Tageszeitung "ELEFTHERIA" lassen sich die Griechen durch keine Drohungen von irgendeiner Seite einschüchtern; sie sind es gewohnt, die Belastungen eines Nervenkrieges zu ertragen. Innenpolitische Spannungen und Meinungsverschiedenheiten liessen sich nicht leugnen. Der bulgarische Versuch jedoch, auf dem Rücken der innergriechischen Auseinandersetzungen aggressive Ambitionen nähren zu können, müsse sich als Schlag ins Wasser erweisen, denn nach aussen hin existiere nur e i n Griechenland. Neben der klaren Bekundung nationaler Loyalität kritisiert die Zeitung scharf den Versuch der Regierung, der einmütigen nationalen Reaktion eine parteipolitische Rechtfertigung unterzuschieben.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die derzeitigen Differenzen zu einem völligen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Athen und Sofia auswachsen werden. Nach Meinung informierter Kreise in der griechischen Hauptstadt ist das nicht zuletzt davon abhängig, ob die bulgarischen Provokationen auf eigene Initiative zurückgehen oder der Ausdruck eines von oben gesteuerten Bemühens sind, als taktische Ablenkungsmanöver auch auf dem Balkan künstliche Krisenherde zu schaffen.

Die Weltbäder der Tschechoslowakei heute

Von Rudolf Hornig

Die Umstellung des Kurbetriebes im Ostblock auf sogenannte gewerkschaftliche Erholungsaktionen kann am besten in den ehemaligen westböhmischen Weltbädern Karlsbad, Marienbad und Franzensbad studiert werden, die in den letzten Jahren wieder eine stärkere und regelmäßige Besucherwerbung in den westlichen Ländern entwickelt haben. Auch in diesem Jahr werden mehrwöchige Kuraufenthalte in Karlsbad und Marienbad für Besucher aus dem Westen angeboten, wobei bei der Bezahlung der Gutscheine für Besucher aus der Bundesrepublik die DM zu einem Touristenkurs verrechnet wird. Er ist gegen den offiziellen Kurs doppelt so günstig. In Franzensbad wird ein Ausländerhotel erst noch errichtet, das im kommenden Jahr zur Verfügung stehen soll.

Vergebliche Propaganda im Westen

Vor dem Kriege wurden die drei westböhmischen Weltbäder alljährlich von Zehntausenden deutschen Kurgästen besucht. Auch der Besuch aus dem übrigen westlichen Ausland fiel ins Gewicht; die westliche Prominenz traf sich in Karlsbad und Marienbad, im Frauen- und Herzheilbad Franzensbad war die "Buberl-Quelle" ein internationaler Begriff. In den letzten Jahren hatte die gesteigerte Werbung von westlichen Kurgästen bisher lediglich den Effekt, dass einige Tausend westliche Kurgäste jährlich kommen. Die Bemühungen um eine "internationale" Saison hatten wie in der Sowjetzone nur das Ergebnis, dass diese "Internationalität" vornehmlich von den Besuchern aus den Ostblockstaaten bestritten werden muss.

In Marienbad, das als "Musterbeispiel" des Gesundheitswesens in der heutigen Tschechoslowakei bezeichnet wird, ist die Zahl der westlichen Kurgäste noch geringer als in Karlsbad, wo die internationalen Filmfestspiele einen internationalen Besuch in der jährlichen Statistik garantieren. Das "Musterbeispiel" von Marienbad bezieht sich allerdings darauf, dass dieser ehemalige Weltkurort zu einer gewerkschaftlichen Erholungsstätte erklärt wurde und dass die Gewerkschaften im Ostblock Marienbad in ihr Erholungsaustauschprogramm einbezogen haben.

Frisierte Statistik

Soeben konnte in Marienbad der 400.000 Teilnehmer dieser gewerkschaftlichen Erholungsaktion seit 1951 verzeichnet werden. Alljährlich werden von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale in Prag die auf die einzelnen Gewerkschaften entfallenden Kurgastzahlen ermittelt und von diesen dann den Betrieben zugeteilt. Dabei kann pro Betrieb nicht viel herauskommen, aber es ist nicht ohne Wirkung, wenn jährlich soundsoviel Betriebsangehörige "zur Kur" verschickt werden. Es werden auch die

3. August 1961

Staatsgüter und Kolchosen bedacht und eine bestimmte Anzahl von Kur-
aufenthalten wird alljährlich im Tauschwege den befreundeten östlichen
Gewerkschaften zur Verfügung gestellt. So sind schon im Vorjahr die
ersten sowjetzonalen Kurgäste in Marienbad aufgetaucht. Auch die kom-
unistischen Gewerkschaften in den westlichen Ländern sowie Friedens-
und sonstige Organisationen können über eine beschränkte Anzahl von
Kuraufenthalten in Marienbad verfügen. In diesem Jahr sind in diese
Aktion auch die neuen Staaten in Afrika einbezogen worden.

Zelte und Lauben in Marienbad

Für private Kurbesuche in Marienbad und Karlsbad wird die Betten-
zahl nur allmählich vergrößert. Es sind jedoch für inländische private
Kurgäste wieder Pauschalaufenthalte möglich, die werden sogar in den
Zeitungen angepriesen; im Winter sei die "beste Kurzeit". Schlecht be-
stellt ist es in Marienbad noch immer um die Unterbringung von Touristen
und sonstigen gelegentlichen Besuchern. Beim Restaurant "Gänse" wurde
eine kleine Zeitstadt eingerichtet, wo man Zweilagerzelte mit voller
Pension mieten kann. In der Nähe des einst weltbekannten Wald- und Höhen-
restaurants "Rübezahl" hat man Wochenendlauben aufgestellt, die pro
Bett vermietet werden.

+ + +

Immer dümmmer !

Ulbricht überschlägt sich - Jetzt "alte Nazis"

sp - Jeden Tag muss Ulbricht ein neues Märchen auftischen, um bei
seinen Auftraggebern in Moskau "Verständnis" für die Massenflucht aus
der Zone zu finden. Erst hat er die Massenflucht darauf zurückgeführt,
dass im "kapitalistischen Westen" pro Flüchtling als "Kopfprämie"
1000 DM gezahlt werden. Über verschiedene Varianten hinweg ist er
jetzt zu der wohl dümmsten Behauptung gelangt. Dem britischen Jour-
nalisten Mark Wilson erzählte Ulbricht, die Flüchtlinge seien
"alte Nazis und politisch belastete Leute," die sich in Westdeutschland
hohe Pensionen bezahlen lassen wollten. - Wir wissen nicht, was
Mr. Wilson dazu gesagt hat; vielleicht ist ihm die Spucke weggeblie-
ben. Von den in letzter Zeit in die Bundesrepublik geflüchtenen Bewoh-
nern Mitteldeutschlands sind beinahe die Hälfte unter 30 Jahre alt.
Das heisst, sie waren beim Zusammenbruch der Hitler-Diktatur zwischen
9 und 14 Jahre alt. Die zahlreichen jungen Volkspolizisten, die ge-
rade in den letzten Tagen nach Westberlin kamen, drückten 1945 durch-
weg noch die Schulbank. - Natürlich will Ulbricht mit seiner dummen
Behauptung gerade gegenüber einem englischen Journalisten wieder ein-
mal die alte Platte von der "naziversauchten Bundesrepublik" und der
schon so unschuldigen "DDR" auflegen. Dass der SED-Chef hierbei ausser
dem Rechenfehler auch noch einen politischen faux pas begeht, scheint
er überhaupt nicht zu merken. Denn wenn die Flüchtlinge tatsächlich
"alte Nazis" wären, dann hätten sie ja immerhin bis jetzt auch die
"DDR" bevölkert und somit allein durch ihre Existenz die zum Überdrues
wiederholte Behauptung des SED-Regimes, es gäbe in der Zone keine al-
ten Nazis mehr, widerlegt.

+ + +

Nürnberg - Schauplatz des Deutschland-Treffens

Kleine Geschichten aus der Frankenmetropole

Wissen Sie schon?

... dass die jetzt in allen Städten und allen Ländern mit Eifer betriebene Lärmbekämpfung durchaus keine Neuigkeit ist? Der erste, der gegen den "Nürnberger Lärm" den Kampf aufnahm, war kein geringerer als der Herzog von Friedland, Albrecht von Wallenstein, der um 1630 anlässlich des 30-jährigen Krieges in Nürnberg übernachtete und ein recht geruhames Quartier beanspruchte. Als dann zu nachtschlafener Zeit ein Bierfuhrwerk unter seinen Fenster vorbeiholperte, sprang Wallenstein aus dem Bett und wollte mit der Pistole nach dem Ruhestörer schießen.

... dass es bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ebenso wie in anderen Städten noch keine Strassenbeleuchtung gab? Erst im Jahre 1893 ordnete der Nürnberger Rat an, dass in den Hauptstrassen "hängende" Laternen anzubringen seien. Die Beleuchtung erfolgte durch Talglichter und Rüböl. Als "Laternenanzünder" fungierten anfangs Frauen.

... dass die Stadt Nürnberg mit dem geltenden Wechselgesetz in Beziehung steht, und zwar auf Grund der sogenannten "Nürnberger Novellen", die 1861 in Nürnberg ausgearbeitet und mit kleinen Abschweifungen 1871 in das Rechtsgesetz für den Wechselverkehr übernommen wurden. Vom Nürnberger Band wurden diese "Nürnberger Novellen" ausgearbeitet.

... dass anfangs unseres Jahrhunderts auch der Vogelhandel in Nürnberg blühte. Bis zu 8000 Vögel wurden von Nürnberg aus im Jahr verhandelt. Sie wurden meist von Handwerkern mit sitzender Funktion gezüchtet. Auch viele südländische Vogelhändler kamen in die Voris.

... dass Nürnberg schon vor mehr als 100 Jahren eine führende Messe- und Ausstellungsstadt war und in den Jahren 1818 und 1827 mit grossen Leistungsschauen im Blickfeld der Öffentlichkeit stand? Obwohl der Ausstellungs-gedanke zuerst in Nürnberg gepflegt wurde, wurde die erste Ausstellung zur grossen Enttäuschung der Nürnberger zunächst nach München vergeben, wo 800 Aussteller vorhanden waren, während Nürnberg einige Jahre später schon mit über 1000 das erste Mal eine vierstellige Ausstellerzahl aufzuweisen hatte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel